Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: die fünfgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1006

Nr. 218 | Donnerstag, den 18. September 1924 | 19. Jahrgang

Die vertagte Kriegsschuldnote.

Notifizierung zu einem günstigeren Zeitpunkt. — Reichstagszusammentritt nicht vor Mitte Oktober.

Berlin, 16. Sept. Zu der offiziösen Mitteilung daß die in der Kriegsschuldfrage und in der Frage des Völkerbundes entscheidende Sitzung des Kabinettes am 23. September stattfinden werde, bemerkt die „Zeit" das Organ Stresemanns: Nachdem die Notifizierung nicht im Zusammenhange mit den Londoner Abmachungen erfolgt ist, muß sie in Verbindung mit einem anderen tatsächlichen Anlaß geschehen, wobei es sich nur um eine absehbare Frist handeln kann.

Der Reichstag wird, wie nunmehr feststeht vor dem 15. Oktober nicht einberufen werden falls nicht Ereignisse eintreten, die einen früheren Zusammentritt bedingen. Es ist wie wir aus der Regierung nahestehenden Kreisen hören nicht zu erwarten daß die Reichsregierung in der Frage der Kriegsschuldlüge und des Beitritt Deutschlands zum Völkerbund irgendwelche Entscheidung treffen wird, bevor der Reichstag wieder zusammengetreten ist.

Stresemann präzisiert seine Stellung zu diesem.

Der „Manchester Guardian" bringt ein Interview mit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann über die Kriegsschuldfrage und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. In seinen Ausführungen verneinte Dr. Stresemann daß es des besonderen Druckes der Deutschnationalen bedurft hätte, um ihn zu veranlassen einen Schritt in der Kriegsschuldfrage zu tun. Ein solcher sei für London beabsichtigt gewesen hätte aber aus technischen Gründen nicht getan werden können. Die Regierung habe sich erneut verpflichtet, in dieser Richtung weiterzuarbeiten. Die Wahl des Zeitpunktes sei Aufgabe des Kabinetts; er könne dieser Entscheidung nicht vorgreifen. Zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund führte Dr. Stresemann aus, daß ein solcher Eintritt nicht abhängig von der Kriegsschuldfrage wäre, wohl aber von der Einräumung eines Sitzes im Völkerbundsrat unter Gewährung vollständiger Gleichberechtigung.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Lord Parmoor und Stresemann.

Genf, 15. September. Der englische Delegierte im Völkerbund Lord Parmoor äußerte am Montag gegenüber dem Genfer Korrespondenten des „Soz. Parlamentsdienstes", daß er es bedaure, keine Erklärungen mehr über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geben zu können, nachdem die Reichsregierung, trotz der englischen Einladung, auch jetzt noch eine widerspruchsvolle Handlung einnehme. Der Völkerbund habe das Seine getan, jetzt müsse endlich Deutschland sprechen.

Im Verlaufe derselben Unterredung fragte der Vertreter des „Parlamentsdienstes" Lord Parmoor weiter, ob während der Londoner Konferenz tatsächlich niemand mit dem Außenminister Stresemann über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gesprochen habe, wie in einer offiziellen deutschen Verlautbarung mitgeteilt wurde. Lord Parmoor erklärte, daß sowohl mit Dr. Stresemann wie mit dem Reichskanzler Dr. Marx das ganze Problem eingehend besprochen worden ist. Eine amtliche deutsche Auslassung zu dieser verschiedenfachen Auslegung steht unmittelbar bevor.

Berlin 17. Sept. Reichskanzler Marx der gestern Berlin verlassen hat, ist in Stgmaringen eingetroffen um dort den Rest seines Urlaubs zu verbringen. Wahrscheinlich wird, wie das Tageblatt meldet, der Reichsaußenminister Dr. Stresemann heute abend nach Bad Wildungen abreisen.

Die Deutschnationalen gegen Stresemann.

Berlin, 16. Sept. Die Deutschnationalen nehmen jetzt in ihrer Provinzpresse scharf gegen Stresemann Stellung. Die „Pommersche Tagespost", das führende Organ der pommerschen Deutschnationalen versichert daß Stresemann sich völlig unmöglich gemacht habe durch seine Schaukelpolitik, die an einem Tage widerruft was sie wenige Stunden vorher als unabänderlich verkündet hatte.

In der deutschvölkischen Presse wird ein „Rundschreiben an nationale Männer" zitiert, das von der Mitteilungsstelle des „Ringverlages" in Berlin auch einen deutschnationalen Sondergruppe, herausgegeben worden ist. Darin heißt es u. a.: die Vorgänge in der Partei nach dem Umfall seien katastrophal. Die Entrüstung würde aber noch bedeutend größer sein, wenn alle Kenntnis von den wirklichen Vorgängen hätten.

Der beabsichtigte Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung (Hergt Vizekanzler, Schlange-Schöningen Wirtschaftsminister!) würde eine unerträgliche Belastung der Partei darstellen. Die Haltung der Herren Hergt und Hoetzsch sei bestimmt worden durch die Furcht vor einer eventuellen Ablösung Seeckts durch Deimling.

Durch das WTB. werden heute Vertrauenskundgebungen der Ortsgruppen Insterburg und München der Deutschen Volkspartei für die Politik Stresemanns veröffentlicht.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Beginn am 28. September?

Paris, 16. Sept. Der „Matin" meldet: Der französische Botschafter in Berlin hat den Auftrag erhalten der deutschen Regierung das französische Ersuchen zu unterbreiten, am 28. September die Wirtschafts- und Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich aufzunehmen. Die französische Delegation soll am 25. September Paris verlassen.

Ueber drei Millionen Reparationen aus dem Ruhrgebiet.

Koblenz 16. Sept. Die Rheinlandkommission gibt bekannt, daß sie aus Pfändereinnahmen der besetzten Gebiete an den Generalagenten für Reparationszahlungen eine erste Rate von 3 300 000 Goldmark geleistet habe, wie es das Londoner Abkommen vorschreibe. Es seien Vorkehrungen getroffen, daß am 1. Oktober alle Einnahmen des Monats September an den Generalagenten abgeliefert werden.

Deutsche Millionen für Mexiko?

In der Newyorker Großfinanz verstimmt die Verwilligkeit der deutschen Großbanken, Herrn Calles eine Millionenanleihe zu geben. Die Aussichten für die deutsche Anleihe in Amerika sind dadurch nicht günstiger geworden.

Neuer Frankensturz.

Rotterdam, 16. Sept. An der Newyorker Börse erlebte der französische Franken einen neuen unerwarteten Rückschlag. Er sank heute von 5,37 auf 5,31 und stürzte an der Nachbörse bis 5,27.

Beschleunigte Durchführung der Amnestie.

Bisher 145 Ruhrgefangene freigelassen.

Berlin 16. Sept. Hinsichtlich der Durchführung der auf der Londoner Konferenz vereinbarten Amnestie ist zu bemerken: Nachdem auf deutscher Seite die Londoner Amnestie-Vereinbarungen deutsches Reichsgesetz geworden und in Kraft getreten sind und auf französischer Seite General Degoutte die Divisionen angewiesen hat, die politischen Gefangenen sofort in Freiheit zu setzen sind die Grundlagen für die Durchführung der Amnestie geschaffen. Tatsächlich wird die Amnestie auch von beiden Seiten durchgeführt. Im ganzen sind bisher, wie auch die französische Regierung der deutschen Regierung amtlich mitgeteilt hat, 145 Straf- und Untersuchungsgefangene der Freiheit wiedergegeben und 760 schwebende Verfahren niedergeschlagen worden. Weitere 100 Entlassungen stehen unmittelbar bevor. Hieraus geht hervor daß die Durchführung der Amnestie sich nunmehr in vollem Gange befindet.

Wenn sich zunächst die Dinge nicht so schnell entwickelt haben wie es den Wünschen und Bemühungen der Reichsregierung im Interesse der Gefangenen entsprochen hätte, rührt dies daher, daß es einer gewissen Zeit bedurfte, bis die von französischer Seite ergangenen Anordnungen bis in die letzte an der Durchführung der Amnestie beteiligte Instanz durchgedrungen und alle entstandenen Zweifel durch Rückfragen geklärt waren. Die beteiligten deutschen Stellen verfolgen die Durchführung der Amnestie auf das genaueste und werden alle etwa auftretenden Hemmungen zu beseitigen suchen.

Französischer Abmarsch aus Oberhausen.

Berlin, 17. Sept. Wie die Blätter aus Oberhausen melden, begann gestern in den frühen Morgenstunden der Abmarsch der französischen Besatzung. Um 1 Uhr nachmittags waren die letzten französischen Truppen aus der Stadt abgerückt. Durch den Abmarsch der Franzosen werden das Schloß Oberhausen, die Hüttenkolonie der Gute Hoffnungshütte und die Baracken der Schutzpolizei frei.

Ein Weltfriedenskongreß in Berlin.

Vom 2. bis 8. Oktober findet in Berlin im Reichstag und in den gesamten Räumen des Reichswirtschaftsrates der 23. Weltfriedenskongreß statt, den der Internationale Verband der Friedensgesellschaften, Sitz Genf einberufen. Präsident dieser Spitzenorganisation der Friedensbewegung ist der Vizepräsident des belgischen Senats Henri La Fontaine. Die Tagung wird vorbereitet von der Spitzenorganisation der deutschen Friedensbewegung dem Deutschen Friedenskartell.

Der Brotpreiserlaß — 4 Wochen alt!

Wie der „Amtliche Pressedienst" arbeitet.

Zu der Veröffentlichung eines Rundschreibens des Reichsernährungsministers betreffend die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Behandlung der Brotpreisfrage wird von unterrichteter Seite mitgeteilt daß es sich dabei nicht um eine offizielle Verlautbarung des genannten Ministeriums sondern um ein internes Rundschreiben an die nachgeordneten Dienststellen handelt das bereits am 16. August d. J. abgegangen ist und sich mit den Brotpreisverhältnissen von Anfang August beschäftigte. Wie wir weiter erfahren, sind die Bäckerorganisationen heute in dieser Angelegenheit im Reichsernährungsministerium vorstellig geworden. In dieser Besprechung wurde seitens des Ministeriums festgestellt, daß es dieser Veröffentlichung fernstehe, zumal diese durch die heutigen Verhältnisse gänzlich überholt sei. Bis in die jüngste Zeit sind die Berliner Brotpreise, wie von seiten des Bäckergewerbes betont wird, unverändert geblieben. Erst die anhaltenden großen Steigerungen der Mehlpreise um mehr als 40 v. H. hätten eine geringe Gewichtsreduzierung zur zwingenden Notwendigkeit gemacht, so daß selbst nach behördlicher Ansicht von einer Ueberspannung der Berliner Brotpreise unter keinen Umständen gesprochen werden könnte.

Das auch von uns ausführlich wiedergegebene Rundschreiben des Ernährungsministeriums wurde erst jetzt vom Amtlichen Preußischen Pressedienst verbreitet. Mit keinem Wort war darauf hingewiesen, daß es sich um eine schon bald vier Wochen zurückliegende Sache handelt. Tatsächlich haben sich in der Zwischenzeit die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt sehr wesentlich geändert. Am 16. August betrug der Roggenpreis an der Berliner Produktenbörse pro Tonne 140 bis 146 Mark, am 10. September, dem Tage der Veröffentlichung des Erlasses dagegen 213 bis 224 Mark! Wie kommt es daß das Rundschreiben des Ernährungsministeriums erst nach vier Wochen seinen Weg zu den Stellen fand, für die es bestimmt war, zu einer Zeit also wo es schon längst überholt war und weshalb wurde in der amtlichen Veröffentlichung durch die Pressestelle nicht das Datum der Herausgabe des Erlasses angegeben, so daß angenommen werden mußte es handele sich um eine erst jetzt erfolgte Anregung des Ernährungsministeriums Vom Reichsernährungsministerium selbst erwarten wir eine genaue Darstellung des jetzigen Standes der Dinge.

Politische Rundschau.

Kein Vertreter des Personals im Verwaltungsrat der Reichsbahn.

Zu den Verhandlungen die am Montag innerhalb des Reichskabinetts über die Ernennung der Vertreter für den Verwaltungsrat der Reichsbahn stattfanden, erfährt man von unterrichteter Seite, daß unbeschadet einer noch ausstehenden endgültigen Entscheidung über diese Frage soviel doch bereits feststeht daß das Personal der Reichsbahngesellschaft in diesem Verwaltungsrat nicht vertreten sein wird.

Leinert zieht seine Unterschrift zurück.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat Bürgermeister Leinert an den Magistrat Hannover einen Brief gerichtet in dem er mitteilt, daß er seine unter den Pensionierungsvertrag gesetzte Unterschrift zurückziehe. Als Grund gibt Leinert an, „daß er den zahllosen Angriffen, die ihm die Geldfrage bei dem Pensionierungsgeschäft vorwerfen, auf diese Weise begegnen müsse, denn die materielle Seite habe für ihn lediglich die letzte Rolle gespielt".

Eine kommunistische Munitionswerkstatt ausgehoben.

München (Baden) 16. Sept. Der politischen Polizei ist es gelungen im Hause des Kommunisten Bechle eine Werkstatt zur Anfertigung von Handgranaten aufzudecken. Da Bechle anscheinend von der Verfolgung Wind bekommen hatte, wurden in der Werkstatt nur 5000 Zünder, in einem Tümpel aber eine große Anzahl fertiger Handgranaten gefunden. Bechle wurde verhaftet.